Gemeinderatstagebuch

zur Sitzung vom 28. November 2016

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.11.2016 befasste sich der Gemeinderat u.a. mit den Neufassungen der Geschäftsordnung, der Hauptsatzung, der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung und der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit, welche hauptsächlich aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung Baden-Württemberg neu beschlossen werden mussten. Weitere Themen waren u. a. der Waldhaushalt 2017, die Kriminalstatistik 2015 sowie die Kindergartenbedarfsplanung für das Jahr 2017.

Fragestunde für Kinder, Jugendliche und Einwohner/innen

Herr Hans-Peter Ruckgaber aus Starzach-Wachendorf möchte wissen, warum die Bushaltestelle gegenüber des Sportheimes des SV Wachendorf auf dem Schotterparkplatz im Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen im Teilort Wachendorf vom öffentlichen Personennahverkehr in Zukunft nur noch begrenzt oder evtl. auch gar nicht mehr angefahren werden soll. Er möchte wissen, ob die bekannten baulichen Mängel der Bushaltestelle hierfür ursächlich sind. Wenn die Kinder aus dem Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen im Teilort Wachendorf, welche den Schulbus nehmen müssen, regelmäßig die Kreisstraße in Richtung Rottenburg-Bieringen passieren müssten, dann wäre dies eine ganz schlechte Situation.

Bürgermeister Noé antwortet, dass die im Raum stehende reduzierte Anfahrt der genannten Bushaltestelle mit den baulichen Mängeln dieser Bushaltestelle zusammenhängt. Die baulichen Mängel wurden bereits mehrfach in öffentlicher Gemeinderatssitzung beraten. Vor allem die Niederflrbusse, welche die betreffende Bushaltestelle anfahren, werden vermehrt am Fahrzeugboden beschädigt, da sie aufgrund des vorhandenen Gefälles des Öfteren auf dem Untergrund aufsetzen. Seitens der Verwaltung wurde in der Vergangenheit den Gemeinderatsgremien mehrfach vorgeschlagen, die Zufahrt inklusive Bushaltestelle barrierefrei umzubauen. Bisher wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Spätestens im Laufe des nächsten Jahres müsse eine Entscheidung abschließend getroffen werden, ob die Bushaltestelle ertüchtigt oder aufgegeben werden soll. Zum jetzigen Zeitpunkt ist jedoch nicht vorgesehen, die Bushaltestelle im Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen gegenüber des Sportheimes des SV Wachendorf **im Rahmen des Schülerverkehrs der Grundschüler** weniger häufig anzufahren. Näheres werde unter TOP 4 erläutert.

Des Weiteren möchte Herr Hans-Peter Ruckgaber wissen, ob im Zuge der Verlegung des Breitbandnetzes in den Bereich des Wohn- und Freizeitgebiets Holzwassen im Teilort Wachendorf auch gleichzeitig eine Verkabelung für die Installation einer Straßenbeleuchtung zwischen dem Kernort Wachendorf und dem Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen vorgenommen worden ist. Aus seiner Sicht müssten entlang der Kreisstraße ca. 3 bis 4 Straßenlampen installiert werden, da diese Strecke sehr stark von Fußgängern, insbesondere auch von Müttern mit Kinderwägen genutzt werde. Im Winterhalbjahr sei dies aufgrund der früh eintretenden Dunkelheit ab dem späten Nachmittag kaum mehr möglich.

Bürgermeister Noé antwortet, dass eine Kabelverlegung zur Installation einer Straßenbeleuchtung zwischen dem Kernort Wachendorf und dem Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen im Teilort Wachendorf im Zuge der Breitbandversorgung nicht vorgenommen worden ist, da in dem benannten Bereich bereits entsprechende Kabel liegen. Er weist darauf hin, dass für ihn die Straßenbeleuchtung direkt im Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen eine höhere Priorität habe, da diese Beleuchtung generell nicht den heutigen Anforderungen eines Wohngebietes entspricht. Bei dem Bereich zwischen den beiden Siedlungen handelt es sich um einen Außenbereich. Für ihn sei die Einrichtung einer ausreichenden Straßenbeleuchtung im Innenbereich wichtiger. Er werde die Anregung im Falle eines Ausbaus der Straßenbeleuchtung im Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen jedoch mit berücksichtigen. Dies war in der Planung bereits vorgesehen.

Bekanntgaben nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass in nichtöffentlicher Sitzung vom 24.10.2016 der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen hat, kein Ordnungsgeld bzw. keine Rüge gegenüber Frau Gemeinderätin Annerose Hartmann wegen einer etwaigen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht festzulegen bzw. auszusprechen. Es konnte kein entsprechendes Vergehen nachgewiesen werden.

Außerdem stimmte der Gemeinderat für den Abschluss eines Pachtvertrages mit Herrn Freiherr Burkhard von Ow-Wachendorf und für einen Abschluss eines Pachtvertrages mit dem SV Felldorf 1911 e. V. hinsichtlich der Realisierung eines weiteren Sportplatzes für den SV Felldorf 1911 e. V..

Strukturplanung eines kommunalen FTTC- und FTTB-Leerrohrnetzes

Hier: Vorstellung der Gesamtkonzeption und Information über die weitere Vorgehensweise

Bürgermeister Noé begrüßt Herrn Schmid von der Firma Geo Data GmbH aus Westhausen recht herzlich zur Sitzung und führt aus, dass der Gemeinderat in der Sitzung vom 29.09.2014 einstimmig die Firma Geo Data GmbH aus Westhausen mit der Erarbeitung einer kommunalen Breitbandstrategie, einer langfristigen Mitverlegungsplanung zum Aufbau eines Leerrohrnetzes zur flächendeckenden Breitbandversorgung (FTTC-/FTTB-Ausbau) zum Angebotspreis von 31.892 € (brutto) beauftragt hat.

Seitens der Firma Geo Data wurden nunmehr die Arbeiten flächendeckend für alle Ortsteile abgeschlossen und der sog. Allgemeine Breitbandplan (ABP) der Gemeinde Starzach erstellt. Neben allgemeinen Informationen enthält er auch Kartenmaterial für die verschiedenen Ausbauvarianten, eine Darstellung der Netzstruktur, eine Übersicht vom gesamten Planungsgebiet sowie eine Übersicht der zu verwendenden Anschlussrohr-, Verteiler- und Rohrverbandsbezeichnungen.

Allein die Materialkosten für die Leerrohrverbände und Verteilerschächte betragen rund 280.000 € (Netto). Hinzu kommen noch die notwendigen Kosten der Tiefbau- bzw. Verlegungsarbeiten. Die Kosten für die Tiefbau- bzw. Verlegungsarbeiten bewegen sich in einem Kostenrahmen 30 bis 90 €/l/m, je nach Belagssituation bzw. Tiefbau/Verlege-Möglichkeiten.

Es ist anzumerken, dass seit vielen Jahren bei durchgeführten Straßensanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen eine Mitverlegung von Leerrohrverbänden erfolgte. Dies ist auch für die Zukunft so vorgesehen. Ziel sollte es seitens der Gemeinde Starzach sein, so schnell als möglich, zumindest die flächendeckende Herstellung des Leerrohrnetzes umzusetzen, besser noch gleich ein entsprechendes Glasfasernetz aufzubauen. Hierzu benötigt es neben eigenen finanziellen Ressourcen, vor allem einer Förderung durch Bund und Land, ebenso der Nutzung von Synergieeffekten bei Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen im Bereich des Straßenbaus und der Bereitschaft von Telekommunikationsunternehmen das entsprechende Netz zu betreiben oder selber in ein Netz zu investieren.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Schmid von der Firma Geo Data GmbH aus Westhausen das Wort. Herr Schmid stellt anhand einer Abschlusspräsentation den allgemeinen Breitbandplan bzw. die Netzplanung FTTB vor. Er verdeutlicht, dass durch die Verwendung von geeigneten Rohrverbänden und durch die rechtzeitige langfristige Planung **Kosteneinsparungen bei der Umsetzung von 50 bis 65 %** realistisch sind. Des Weiteren geht er auf das konkrete Verfahren bei der Erstellung der Netzkonzeption ein. Nachdem die Ausbaustrategie festgelegt und die Rahmenbedingungen definiert worden sind, erfolgte eine Schema- und Trassenplanung. Auf dem Gemeindegebiet wurden ca. 1.700 Hausanschlüsse geplant und Rohrleitungen in einer Gesamtlänge von rund 32 km festgelegt. Um zu einem späteren Zeitpunkt eine Förderung für die Umsetzung zu bekommen, schreibt die Verwaltungsvorschrift Breitbandausbau zwingend vor, einen solchen Ausbauplan, wie es die Firma Geo Data GmbH nun für die Gemeinde Starzach erarbeitet hat, vorzulegen.

Bürgermeister Noé ergänzt, dass im Rahmen der Präsentation der Teilort Wachendorf bewusst nicht berücksichtigt worden ist, da für den Teilort Wachendorf im Rahmen des interkommunalen Zusammenarbeitsprojektes zum Breitbandausbau mit der Stadt Rottenburg a.N. und den Gemeinden Hirrlingen, Neustetten und Rangendingen bereits eine solche FTTC-/FTTB-Planung erstellt wurde.

Einige Landkreise in Baden-Württemberg haben bereits das Ziel ausgegeben, bis spätestens zum Jahr 2025 eine vollumfängliche Verlegung von Glasfaseranschlüssen in alle Häuser (FTTB-Ausbau) umzusetzen. Aus seiner Sicht müsse die Gemeinde Starzach an diesem Thema stetig dranbleiben und ebenfalls einen FTTB-Ausbau in jedes Haus in dem Gemeindegebiet anstreben.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat nimmt den Allgemeinen Breitband (ABP) der Gemeinde Starzach zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) Bündel West 1, Landkreis Tübingen

Hier: Europaweite Ausschreibung zum 01.01.2018 und Fahrplanwechsel Dezember 2016

Bürgermeister Noé begrüßt recht herzlich Herrn Hartmut Jaissle, selbständiges Mitglied im Beraternetzwerk NahverkehrsBeratung Südwest aus Lenningen und Herrn Peter Wagner, stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Verkehr und Straßen des Landratsamtes Tübingen zum Tagesordnungspunkt und führt aus, dass das sog. Linienbündel West 1 im Landkreis Tübingen u. a. die Buslinien 7626 und 7629 beinhaltet.

Die Linie 7626 bedient die Fahrtstrecke Rottenburg a.N.-Wachendorf-Felldorf-Eyach-Horb a.N., die Linie 7629 die Fahrtstrecke Rottenburg a.N.-Bieringen-Börstingen-Horb a.N.. Beide Linien werden sowohl durch den Schülerverkehr als auch durch den normalen Fahrgastverkehr genutzt, wobei der Schülerverkehr eine wesentliche Rolle hiervon einnimmt. Ergänzt wird das Buslinienangebot auf Markung Starzach durch den Bahnlinienverkehr zwischen Horb a.N.-Eyach-Rottenburg a.N.-Tübingen mit der sog. Kulturbahn.

Der Landkreis Tübingen wird mit Wirkung zum 01.01.2018 die Verkehrsleistung des Linienbündels West 1 in einem sog. offenen Verfahren europaweit ausschreiben. Vorgesehen ist hierbei eine Laufzeitung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags von insgesamt 8 Jahren.

Zur Vorbereitung der Ausschreibung, welche im Januar 2017 durch den Landkreis Tübingen erfolgen soll, wurde in Zusammenarbeit mit der NahverkehrsBeratung Südwest das zukünftige Konzept erarbeitet. Die Ergebnisse dieses Konzeptes wurden am 17.10.2016 dem Bürgermeister vorgestellt.

Wie in jedem Jahr steht auch im Dezember 2016 ein Fahrplanwechsel an, der zu Veränderungen für die Buslinie 7626 (Rottenburg a.N.-Wachendorf-Felldorf-Horb a.N.) führt. Insbesondere geht es hierbei um die Bedienung der Bushaltestelle im Bereich des Wohn- und Freizeitgebietes Holzwiesen (Parkplatz SV Wachendorf). Vor allem auf Drängen der Verkehrsunternehmer wird mit dem Fahrplanwechsel die besagte Haltestelle deutlich reduziert bedient und angefahren. Die Gründe hierzu sind dem Gemeinderat bekannt und wurden seitens der Gemeindeverwaltung des Öfteren dargelegt.

In Verhandlungen zwischen der Gemeindeverwaltung, der Abteilung Verkehr und Straßen im Landratsamt Tübingen sowie den Verkehrsunternehmen wurde erreicht, dass zumindest die Fahrten zur und von der Grundschule Bierlingen aus Sicherheitsgründen für die Kinder unverändert erhalten bleiben, sowie diejenige Fahrten, welche nur die Haltestelle an der Kreisstraße K6929 zwischen Wachendorf und Bieringen bedienen.

Herr Hartmut Jaissle stellt anhand einer Präsentation die Überplanung des Linienbündel West 1 in seiner Systematik vor. Herr Jaissle betont, dass die vorgelegte Konzeption nicht den Schülerverkehr betreffe. Demnach wird deutlich, dass die geplante Höhenlinie (Linie 7626) zukünftig eine Zugsanbindung sowohl am Bahnhof Eyach als auch am Bahnhof in Rottenburg a.N. im 2-Stunden-Takt ermöglicht. Jeweils im 2-Stunden-Takt wird auch die Bushaltestelle im Bereich Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen im Teilort Wachendorf (gegenüber dem Sportheim des SV Wachendorf) angefahren. Die Planung des Schülerverkehrs erfolge jährlich und passgenau zu den jeweiligen Stundenplänen und kommt zur vorgestellten Grundsystematik jeweils noch hinzu.

Die Tallinie (Linie 7629) ermöglicht eine Zugsanbindung am Bahnhof Rottenburg a.N. und fährt bis Starzach-Börstingen. Durch die Neukonzeption wird es möglich, dass alle 2 Stunden ein sog. Ortsverkehr Starzach fahren kann.

Dies bedeutet, dass alle 2 Stunden die Tallinie auch zwischen Starzach-Börstingen und dem Bahnhof Eyach verbunden sein wird und dass somit alle 2 Stunden ein Rundverkehr von Rottenburg a.N. über die Höhenlinie zum Bahnhof Eyach weiter nach Starzach-Börstingen und im Tal wieder zurück nach Rottenburg a.N. ermöglicht wird. Aufgrund einer Erhebung, welche vor 5 Jahren vorgenommen wurde, sei klar, dass der Busverkehr über die Kreisgrenze hinaus in Richtung Horb a.N. bzw. von Horb a.N. kommend, sich wirtschaftlich nicht mehr lohne, da zu wenige Fahrgäste das Angebot wahrnehmen. Momentan fahren rund 20 Busse von Montag bis Freitag auf dieser Strecke über die Kreisgrenze. Im Durchschnitt seien 3 Fahrgäste je Fahrt im Bus. Durch die Anbindung der Busverbindung im 2-Stunden-Takt an den Bahnhof Eyach sei es jedoch nun z. B. für Schüler möglich, mit dem Zug nach Horb a.N. zu gelangen. Anhand von mehreren Fahrplänen stellt Herr Jaissle die konkreten An- und Abfahrtszeiten an verschiedenen Bushaltestellen der Gemeinde Starzach kurz vor. Daraus wird deutlich, dass bisher kaum ein gleichmäßig getakteter Busverkehr auf dem Gemeindegebiet Starzach stattgefunden hat. Durch die neue Fahrplangestaltung können nun weitestgehend stündlich gleichbleibende An- und Abfahrtszeiten eingerichtet werden.

Bürgermeister Noé betont, dass er mit dem zum Teil über die Schiene eingerichteten Schülerverkehr grundsätzlich gut leben könne. Für ihn spiele es letztendlich keine Rolle, ob der Schülerverkehr über eine Buslinie oder eine Zuglinie geregelt werde. Aufgrund der Einstellung des Betriebs der Werkrealschule Rottenburg a.N., Außenstelle Starzach-Börstingen, im Jahr 2014 haben sich veränderte Schülerströme ergeben, welche Auswirkungen auf den Schülerverkehr hatten. Es mussten teilweise Kompromisse bezüglich neuer Buslinien eingegangen werden. Mit der jetzigen Konzeption können noch nicht vollumfänglich die Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan des Landkreises Tübingen aus dem Jahr 2012 erreicht werden. Er werde sich dafür einsetzen, dass noch entsprechende Lösungsansätze erarbeitet werden. Was die nun reduzierte Anbindung der Bushaltestelle im Bereich Wohn- und Freizeitgebiet Holzwassen im Teilort Wachendorf anbelangt, akzeptiere er dies nicht. Aufgrund der Vorgeschichte war dies jedoch absehbar. Er habe zwar Verständnis für die Forderungen der Verkehrsunternehmen aufgrund von vermehrt auftretenden Schäden an den Niederflurbussen. Aus Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner im Bereich des Wohn- und Freizeitgebietes Holzwassen entsteht dadurch jedoch eine zusätzliche Belastung. Als Erfolg kann zumindest gewertet werden, dass es für die Grundschulkinder keine Verschlechterung geben wird, da der Schülerverkehr vollständig für diese Bushaltestelle aufrechterhalten wird. Letztendlich müsse der Gemeinderat Starzach irgendwann die Entscheidung abschließend treffen, ob diese Bushaltestelle ertüchtigt oder aufgegeben werden soll. Geprüft werde in diesem Zusammenhang auch, ob eine Art Wendemöglichkeit auf der Kreisstraße K6929 geschaffen werden kann um einen sicheren Schülerverkehr über die Bushaltestelle an der Kreisstraße gewährleisten zu können. Nähere Informationen werden dem Gemeinderat gegeben, sobald diese vorliegen.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat nimmt die Konzeption zur Vorbereitung der Ausschreibung im Bündel West 1, Landkreis Tübingen, zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat nimmt die Änderungen zum Fahrplanwechsel Dezember 2016 zur Kenntnis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Waldhaushalt

➤ Betriebsvollzug 2016 und Betriebsplan 2017

Der Vorsitzende begrüßt recht herzlich Herrn Köberle, Leiter der Abteilung Forst beim Landratsamt Tübingen und Herrn Scheit, Revierförster von Starzach und erteilt den beiden Herren das Wort.

Herr Köberle führt aus, dass die Holzvermarktung ein zentraler und wichtiger Bestandteil des Waldhaushaltes ist. Der Preis für das Fichten- und Tannenstammholz liegt derzeit bei rund 90 € pro Festmeter. Die Nachfrage beim Brennholzsortiment ist derzeit etwas zurückgegangen. Dies liege hauptsächlich an den letzten beiden verhältnismäßig warmen Wintern und am derzeit niedrigen Ölpreis.

Die Wetterentwicklung im Winter 2015/2016 war wieder einmal von Wetterextremen geprägt. Der Winter war, wie im Jahr zuvor, sehr nass und hatte wenige Frosttage, die dann auch für das Rücken genutzt werden mussten. Die Vegetationsperiode begann ca. 3 Wochen früher als im Vorjahr, gefolgt von milden Temperaturen mit sehr viel Niederschlag.

Aus diesem Grund blieb die Borkenkäfermassenvermehrung weitestgehend aus. Da es allerdings im August sehr heiß und vor allem trocken war, ist damit zu rechnen, dass es verspäteten Borkenkäferbefall bei der Fichte geben wird.

Anhand einer Präsentation verdeutlicht Herr Köberle welche Nutzfunktion der Rohstoff Holz für unsere bundesweite Wirtschaft hat. Insgesamt bietet der Wirtschaftsbereich Forst und Holz Arbeitsplätze für rund 1,1 Mio. Menschen in Deutschland. Diese Arbeitsplätze verteilen sich auf die Holzverarbeitende Industrie, auf die Forstwirtschaft, auf die Papierwirtschaft, auf die Möbelindustrie, auf das Baugewerbe, auf das Holzhandwerk, auf die energetische Holznutzung und auf das Transportwesen. Insgesamt gibt es bundesweit 128.000 Unternehmen mit Bezug zur Holz- und Forstwirtschaft, welche insgesamt einen Jahresumsatz von rund 180 Mrd. € generieren. Die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes und die Verwendung von Holzprodukten entlastet die Atmosphäre um jährlich 126 Mio. Tonnen des Treibhausgases CO₂. Die Verwendung des heimischen, nach hohen Standards produzierten Holzes vermeidet weitere Holzimporte mit erheblichen negativen ökologischen Folgen für die Exportländer. 53 % unseres jährlichen Holzbedarfs werden momentan jedoch nach Deutschland importiert. Abschließend gibt Herr Köberle den Sachstand im Kartellverfahren zur Rundholzvermarktung wieder.

Anschließend geht Herr Scheit auf den laufenden Betriebsvollzug des Jahres 2016 und auf die Haushaltsplanung 2017 ein. Im Wirtschaftsjahr 2016 wird zum jetzigen Zeitpunkt ein Holzeinschlag von 2.562 Festmetern prognostiziert (Planung 2.400 fm). Außerdem wird von einem Betriebsergebnis von + 83.000 € ausgegangen (Planung + 50.000 €). Das verbesserte Betriebsergebnis gegenüber der Planung ergibt sich wegen der guten Holzmarktlage, Sortimentsverschiebungen und einem höheren Einschlag.

Für das Haushaltsjahr 2017 ist ein Holzeinschlag von insgesamt 2.000 fm geplant. Pflanzungen im Bereich Laubholz sind mit 830 Stück vorgesehen, im Bereich Nadelholz wird mit einer Pflanzung von 2.220 Stück gerechnet. Die Schlagpflege sowie Maßnahmen der Kulturvorbereitung und der Förderung der Naturverjüngung verringern sich gegenüber dem Plan 2016 von 11,1 ha auf rund 2,5 ha. Die Jungbestandspflege wird auf 6,0 ha erfolgen (laufendes Jahr 5,0 ha). Im Rahmen der Betriebsplanung 2017 wird mit Einnahmen von 122.200 € gerechnet. Dem gegenüber stehen Ausgaben von 92.100 €, so dass ein planmäßiger Überschuss in Höhe von 30.100 € ausgewiesen wird.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Dem Betriebsplan für das Forstwirtschaftsjahr 2017 wird gemäß § 51 Abs. 2 LWaldG zugestimmt.
2. Das Landratsamt Tübingen, Abteilung Forst wird ermächtigt, zusammen mit dem Förster und der Verwaltung die für den Vollzug des Betriebsplans notwendigen Maßnahmen zu veranlassen.
3. Dem Entwurf des Gemeindewaldhaushalts 2017 wird mit dem Vorbehalt einer endgültigen Festlegung im Rahmen der Verabschiedung des Gesamthaushaltes für das Haushaltsjahr 2017 zugestimmt.

Kriminalstatistik 2015 und Vorstellung Polizeiposten Bodelshausen

Bürgermeister Noé begrüßt recht herzlich Herrn Tausch, Revierführer des Gesamtpolizeireviers Rottenburg a.N. und Herrn Kesenheimer, Leiter des Polizeipostens Bodelshausen, zum Tagesordnungspunkt und erteilt Ihnen das Wort.

Sowohl Herr Tausch als auch Herr Kesenheimer stellen sich persönlich kurz vor. Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutert Herr Kesenheimer die Organisationsstruktur des Polizeireviers Rottenburg a.N. und geht dabei auch auf die Zuständigkeiten des Polizeipostens Bodelshausen ein. Der Polizeiposten Bodelshausen ist zuständig für die Gemeinden Bodelshausen, Hirrlingen, Starzach-Wachendorf, Starzach-Bierlingen und Starzach-Felldorf (seit 01.04.2016), sowie für die Teilgemeinden der Stadt Rottenburg a.N. Frommenhausen, Hemmendorf und Schwalldorf.

Der Polizeiposten Bodelshausen betreut somit ca. 14.000 Einwohner. Insgesamt sind 4 Polizeibeamte im Tagesdienst für den Polizeiposten Bodelshausen tätig.

Anschließend geht Herr Kesenheimer auf die polizeiliche Kriminalstatistik für Jahr 2015 ein. Die Aufklärungsquote von Straftaten im Landkreis Tübingen lag bei 55,5 %, bezogen auf die Gemeinde Starzach lag die Aufklärungsquote bei 73,8 %. Hinsichtlich der absoluten Anzahl der Straftaten pro Jahr bewegt sich die Gemeinde Starzach seit Jahren in einem konstant gleichbleibenden Bereich. Die Anzahl der Straftaten im Jahr 2015 lag bei 103.

Herr Tausch verdeutlicht, dass die Angabe der prozentualen Veränderung der Straftaten jeweils zum Vorjahr speziell für den Bereich Starzach zu Fehlinterpretationen führen kann. Aufgrund der geringen Fallzahlen bedeute eine Steigerung der Straftaten um 10 Fälle bereits eine sehr hohe prozentuale Veränderung. Deshalb sollte immer die nominale Anzahl der Straftaten verglichen werden.

Herr Kesenheimer ergänzt, dass die Gemeinde Starzach, gemessen an der Häufigkeitszahl der Straftaten bezogen auf eine rechnerische Größe von 100.000 Einwohner, an neunter Stelle von 15 Kommunen im Landkreis Tübingen stehe. Anhand der Straftatenverteilung in der Gemeinde Starzach des Jahres 2015 sei weder eine erhöhte Jugendkriminalität, noch eine erhöhte Kriminalitätsrate von Ausländern festzustellen. Auch wurden nur 4 Wohnungseinbrüche registriert, davon 3 Versuche.

Abschließend dankt Bürgermeister Noé den beiden Polizeivertretern recht herzlich. Die Zusammenarbeit mit dem Polizeiposten Bodelshausen, wie auch mit dem Polizeirevier Rottenburg a.N. sei sehr gut. Die Polizei ist sehr viel in der Gemeinde Starzach unterwegs und zeige somit große Präsenz.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen **zustimmend zur Kenntnis**.

Kindergartenangelegenheiten

1. **Bedarfsplanung für 2017**
2. **Erhöhung der Elternbeiträge**
3. **Änderung der Öffnungszeiten in den Kindergärten Börstingen und Felldorf**

Frau Gsell führt aus, dass das Kinderförderungsgesetz sowie das SGB VIII in Verbindung mit dem Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) die Gemeinden zu einem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze verpflichten.

Dies beinhaltet sowohl Plätze für Kleinkinder als auch Ganztagesplätze für alle Altersgruppen. Die Bedarfsplanung muss vom Gemeinderat beschlossen und in regelmäßigen Abständen auch mit dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe, d. h. mit dem Landratsamt Tübingen abgestimmt werden.

Bestand Kindergarten Bierlingen:

4 Gruppen mit insgesamt 67 Plätzen, davon 20 für Kinder unter 3 Jahren unterteilt in 3 altersgemischte Kindergartengruppen ab 2 Jahren und 1 Krippengruppe ab 4 Monaten, (Maximalzahl lt. Betriebserlaubnis 77 Plätze).

Bestand Kindergarten Börstingen:

1 Gruppe mit insgesamt 17 Plätzen, davon 5 für Kinder unter 3 Jahren (Maximalzahl lt. Betriebserlaubnis 22 Plätze).

Ab 2 Jahre

- VÖ-Plätze 6,75 Stunden/Tag

Bestand Kindergarten Felldorf

1 Gruppe mit insgesamt 20 Plätzen, davon 5 Plätze für Kinder unter 3 Jahren (Maximalzahl lt. Betriebserlaubnis 25 Plätze).

Ab 2 Jahre

- Regelkindergarten mit 3 Nachmittagen und 2 VÖ-Tagen

Bestand Kindergarten Wachendorf

3 Gruppen mit insgesamt 42 Plätzen, bestehend aus 2 altersgemischten Kindergartengruppen, davon eine für Kinder ab 1 Jahr und einer Krippengruppe ab 4 Monaten (Maximalzahl lt. Betriebserlaubnis 47 Plätze).

Feststellung des Bedarfs 2017

Was den Bedarf für 2017 betrifft, wurde auf eine schriftliche Umfrage bei den Eltern verzichtet, da die Ergebnisse der Umfragen in der Vergangenheit stets stark vom später tatsächlich angemeldeten Bedarf abgewichen sind. Auch wissen viele Eltern im Voraus selber noch nicht, ab wann sie ihr Kind in Betreuung geben möchten. Die Bedarfsermittlung wurde deshalb auf der Grundlage der Zahlen des Meldeamts und der bisherigen Anmeldungen durchgeführt. Auch wurde bei den Kitas erhoben, inwiefern Anfragen von Eltern das derzeitige quantitative und qualitative Angebot (Betreuungszeiten) übersteigen.

Dabei zeigt sich, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinkinder steigt. Auch der Umfang der gewünschten Betreuung wird größer, insbesondere steigt die Nachfrage nach Ganztagsplätzen für Kleinkinder.

Seit der Einführung der Kleinkindbetreuung ist eine Prognose des Platzbedarfs deutlich schwerer. Zwar müssen die Eltern nach dem Wortlaut des Gesetzes ihren Wunsch auf einen Betreuungsplatz für ein unter 3-jähriges Kind 6 Monate im Voraus anmelden, allerdings kann jederzeit eine Anmeldung erfolgen, wenn die Eltern den Grund für die verspätete Anmeldung „nicht zu vertreten haben“.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor bei der Planung bleibt auch die derzeitige Flüchtlingssituation, da die Zuweisung von Flüchtlingen sehr kurzfristig erfolgt, den Kindern aber zeitnah ein Platz zur Verfügung gestellt werden muss.

Kindergartenjahr 2016/2017

a) Bierlingen:

Bei allen Betreuungsformen gibt es derzeit noch freie Plätze. Die Kita Bierlingen wird aktuell von 4 Kindern aus Felldorf, 2 Kindern aus Sulzau, je einem Kind aus Börstingen und Wachendorf sowie 2 auswärtigen Kindern besucht. Momentan sind 7 weitere Kinder für 2017 angemeldet. Im Melderegister sind weitere 3 Kinder vorhanden, die das 2. Lebensjahr vollenden. Allerdings ist Bierlingen aufgrund des Krippen- und Ganztagsangebot auch für Eltern aus anderen Ortsteilen eine Option. Insofern ist es schwierig vorauszusehen, wie die Belegung bis zum Ende des Kiga-Jahres aussehen wird. Nach derzeitigem Stand dürften die Plätze im ü3 Bereich in jedem Fall ausreichen, im Kleinkindbereich kann gegen Ende des Kindergartenjahres ein kurzfristiger Engpass nicht ausgeschlossen werden. Ein Unsicherheitsfaktor ist die Zahl der Flüchtlingskinder. Diese sind oft nur kurze Zeit in der Einrichtung, da die Familien nach der Anerkennung häufig wegziehen. Derzeit besuchen 6 Flüchtlingskinder die Bierlinger Einrichtung.

b) Börstingen:

Derzeit besuchen 15 Kinder den Kindergarten Börstingen, davon 5 aus Sulzau sowie ein Flüchtlingskind. Da momentan alle Kinder über 3 Jahre alt sind, könnten somit noch 7 Kinder über 3 Jahren oder alternativ 3 Kinder unter 3 Jahren aufgenommen werden. 4 Kinder aus Börstingen besuchen den Kindergarten Wachendorf, 1 Kind den Kindergarten Bierlingen und 2 weitere Kinder besuchen auswärtige Kitas.

c) Felldorf:

Der Kindergarten Felldorf wird derzeit von 20 Kindern besucht, davon 2 unter 3 Jahren. Darunter sind 2 Flüchtlingskinder. Der Kindergarten wird derzeit als Regelkindergarten geführt. 3 Kinder aus Felldorf besuchen die Kita Bierlingen, 2 davon werden im Januar nach Felldorf wechseln. Es können dann in Felldorf keine weiteren Kinder mehr aufgenommen werden.

d) Wachendorf:

Die Kita Wachendorf wird wegen des Ganztagsangebots ab 1 Jahr und der Öffnungszeit von 50 Stunden auch von Kindern aus anderen Ortsteilen besucht. Derzeit sind 3 Kinder aus Sulzau und 4 Kinder aus Börstingen angemeldet. Der Anteil der Kinder in Regelbetreuung ist in Wachendorf besonders gering, der Anteil bei der Ganztagsbetreuung besonders hoch.

e) Sulzau:

Da der Ortsteil Sulzau keinen eigenen Kindergarten hat, verteilen sich die Kinder auf verschiedene Einrichtungen, je nach Betreuungsbedarf und Präferenz der Eltern, was die Planung zusätzlich erschwert. Derzeit besuchen 6 Kinder den Kindergarten Börstingen, 2 Kinder die Kita Bierlingen, 3 Kinder die Wachendorfer Kita und 1 Kind eine auswärtige Einrichtung. Die weiteren 6 Kinder, die im Lauf des Kita-Jahres einen Platz beanspruchen können, sind zum Teil schon in anderen Ortsteilen vorgemerkt.

f) Kleinkindbetreuung:

Zum 01. August 2013 trat der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten 1. Lebensjahr in Kraft. Dabei haben die Eltern das Wunsch- und Wahlrecht zwischen einem institutionellen Angebot und einem Platz in Tagespflege. Allerdings sind die Gemeinden verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Angebot auch für Kinder unter einem Jahr bereit zu stellen, auch wenn für diese Altersgruppe zunächst kein einklagbarer Anspruch besteht. In Starzach wurde das Angebot seit 2007 stetig ausgebaut. Der Bund ging davon aus, dass 35 % des jeweiligen Altersjahrgangs einen Platz in Anspruch nehmen. Die Zielvorgabe des Landes Baden-Württemberg lag bei einer Inanspruchnahme von 34 %. In Starzach stehen bis zu 50 Plätze in den Kitas für unter 3-Jährige bereit. Bezogen auf die Jahrgänge, die einen Rechtsanspruch haben, sind dies Plätze für bis zu 90 % der Kinder dieser Altersgruppe. Zum 01.11.2016 betrug in Starzach die Betreuungsquote für unter 3-jährige 47 %.

Neben der Betreuungsquote ist aber auch die Betreuungszeit maßgeblich. Waren in den letzten Jahren die Kinder in der Krippe häufig nur für 4 Stunden am Tag angemeldet, steigt die nachgefragte Zeit derzeit stark an. So sind im Kindergarten Wachendorf die vorhandenen 5 Plätze für Ganztagsbetreuung ab 1 Jahr alle belegt, weitere Anmeldungen liegen vor, bei denen die derzeit in der Kleinkindgruppe angebotene Betreuungszeit von 6 Stunden am Tag nicht ausreicht. Deshalb soll zum 01. Januar 2017 die Öffnungszeit der Kleinkindgruppe auf 38 Stunden, zunächst für 5 Plätze, ausgeweitet werden, damit den Bedürfnissen der Eltern besser Rechnung getragen werden kann. In Bierlingen soll aufgrund vorhandener Nachfrage die Öffnungszeit der Kleinkindgruppe von 38 auf 43 Stunden erhöht werden, zunächst für 5 Plätze. Der dadurch entstehende Mehrbedarf an Personal wurde bereits bei den Stellenbesetzungen im September berücksichtigt.

g) Ganztagsbetreuung:

Ganztagsplätze sind in den Kindergärten Bierlingen und Wachendorf vorhanden. In Bierlingen können 10 Plätze ganztags belegt werden, bis 20 Plätze ergeben sich, wenn die Gruppenstärke von 22 Kindern auf 20 vermindert wird. In Wachendorf gibt es bis zu 25 Ganztagsplätze, 5 davon auch für Kinder ab 1 Jahr, die weiteren für Kinder ab 2 Jahren. Zusätzlich zur wöchentlichen Öffnungszeit von 43 Stunden können in Wachendorf noch Bausteine dazu gebucht werden, je nach persönlichem Bedarf. Bei Inanspruchnahme aller Bausteine ergibt sich eine Betreuungszeit von 50 Wochenstunden. Insgesamt sind 27 % der Kindergartenplätze in Starzach Ganztagsplätze. Rechnet man die 5 Krippenplätze mit bis zu 38 Stunden in Bierlingen dazu, sind das sogar 32 %. Derzeit nehmen 22 % der angemeldeten Kinder einen Ganztagsplatz in Anspruch.

h) Fazit Kiga-Jahr 2016/2017:

Im laufenden Kindergartenjahr werden alle Kitas sehr gut ausgelastet sein. Dies hängt auch damit zusammen, dass im laufenden Schuljahr 10 Kinder zurückgestellt wurden und deshalb nach wie vor die Kitas besuchen. Dies führt allein schon zu einem Mehrbedarf von 8 % an Plätzen. Insgesamt sind auch 11 Flüchtlingskinder in den Starzacher Einrichtungen untergebracht worden. Ein Geburtsjahrgang umfasste in den letzten 3 Jahren zwischen 29 und 33 Kinder, somit führten die Rückstellungen und die Aufnahme der Flüchtlinge zu einem Mehrbedarf von mehr als einem halben Jahrgang.

Kindergartenjahr 2017/2018:

Seit dem Tiefstand von 2013 steigen die Geburtenzahlen wieder ganz leicht an.

Die Altersgruppe der 1 bis 3-Jährigen umfasst zum 01.01.2017 insgesamt 62 Kinder, zum 01.01.2016 waren es 55 Kinder. Davon sind 47 % bereits in einer Einrichtung. Die Altersgruppe der 3 bis 6-Jährigen umfasst insgesamt 133 Kinder, wobei 26 Kinder aber bereits eingeschult sind. Zum 01.01.2016 waren es 129 Kinder. Nach heutigem Stand werden 35 Kinder in die Schule wechseln, davon 1 Flüchtlingskind. Damit sind die Zahlen relativ konstant.

Im Jahr 2018 umfasst die Altersgruppe der 3 bis 6-Jährigen 118 Kinder, was einem Rückgang von 12 % entspricht.

Die Altersgruppe der 1 bis 3-Jährigen umfasst 65 Kinder, sodass hier kein Rückgang zu verzeichnen ist. Sollte weiterhin die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ansteigen, so muss langfristig eine weitere Kleinkindgruppe geschaffen werden.

Erhöhung der Elternbeiträge:

In den Einrichtungen kirchlicher Träger und auch in vielen Gemeinden, die neben gemeindeeigenen Einrichtungen auch solche kirchlicher Träger haben, gelten die sogenannten Landesrichtsätze. Diese werden regelmäßig jedes Jahr erhöht.

In Baden-Württemberg gilt der langjährige Grundsatz, dass der Elternbeitrag 20 % der Gesamtkosten betragen sollte.

Seit dem Jahr 2012 sind 2/3 der Beiträge für die Kinderbetreuung bis zum Höchstbetrag von 4.000 € pro Jahr und Kind bei der Einkommenssteuer steuerlich abzugsfähig. Je nach persönlichem Steuersatz hat sich damit der Beitrag für die Eltern um rund 20 % vermindert.

Der Elternbeitrag wurde zuletzt im Jahr 2015 erhöht, nachdem der Kostendeckungsgrad auf deutlich unter 10 % gefallen war. Durch die Erhöhung stieg der Kostendeckungsgrad im Jahr 2015 wieder auf 10,05 % an.

Die Personalausgaben betragen im Jahr 2015 insgesamt 1.092.700 €. Zum 01. Januar 2017 soll die Umstellung vom TVöD E auf den SuE-Tarif erfolgen. Durch diese Umstellung ergibt sich eine Kostensteigerung um knapp 100.000 €. Ferner wurden in den Kindergärten verstärkt Auszubildende eingestellt und die Personaldecke leicht verstärkt. Dies ist erforderlich, um trotz des angespannten Stellenmarktes den Betrieb aufrechtzuerhalten und sich rechtzeitig qualifiziertes Personal zu sichern. Allerdings werden diese erheblichen Kostensteigerungen dazu führen, dass der Kostendeckungsgrad der Elternbeiträge wieder unter 10 % sinken würde.

Um dies zumindest zum Teil auszugleichen, schlägt die Verwaltung vor, zum 01. Januar 2017 die Beiträge um 10 % zu erhöhen. Dies entspricht einer Erhöhung von 5 % pro Jahr seit der letzten Erhöhung.

Im Jahr 2015 betrug das Beitragsaufkommen bei den Elternbeiträgen 131.310 Euro. Eine Erhöhung um 10 % führt damit, gleiche Belegungszahlen vorausgesetzt, zu einem Beitragsmehraufkommen von rund 13.000 Euro. Der Kostendeckungsgrad würde damit bei 10 % bleiben.

Änderung der Öffnungszeiten in den Kindergärten Börstingen und Felldorf.

Im Zusammenhang mit der Beitragserhöhung soll auch eine Änderung im Beitragssystem vorgenommen werden. Dies hängt zusammen mit dem Modus, den das Land bei der Verteilung der Zuschüsse im Kita-Bereich anwendet. Dabei erhält die Gemeinde nicht für jedes betreute Kind den gleichen Zuschuss. Vielmehr werden die Zuschüsse pro Kind nach den Betreuungszeiten gewichtet. Diese Gewichtung hat das Land im letzten Jahr geändert, gab es zuvor 80 % des Zuschusses für eine Betreuungszeit von mehr als 30 bis zu 34 Stunden, so erhält man nun für weniger als 35 Stunden nur noch 60 %. Dies wird vom Land damit begründet, dass die Betreuungszeiten insgesamt steigen. Um weiterhin den höheren Zuschuss zu erhalten, sollten deshalb die angebotenen Betreuungsmodelle geringfügig verändert werden.

Um die Eltern der VÖ-Kinder nicht zusätzlich zur prozentualen Beitragserhöhung zu belasten, soll der Beitrag für Regel- und VÖ-Betreuung dann künftig gleich sein.

Allerdings wirkt sich die Änderung erst auf den Zuschuss 2018 aus, da die Zuschüsse auf der Basis des vorherigen Jahres berechnet werden. Bei ähnlicher Belegungsstruktur wie bisher würden die künftigen Mehreinnahmen ca. 25.000 Euro betragen.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Öffnungszeiten soll auch in den Kitas Börstingen und Felldorf ein warmes Essen angeboten werden. Dies ist allerdings aufgrund der geringen Menge nicht über den bisherigen Caterer möglich.

Deshalb beabsichtigt die Verwaltung, zum 01. Januar 2017 auf ein Tiefkühlanlieferungssystem, sogenanntes Cook and Chill-Verfahren, umzustellen. Zu diesem Zweck wurden bereits Gespräche geführt.

Vermutlich wird der Essenspreis mit 2,20 € etwas höher sein als bisher, allerdings hat auch der bisherige Caterer Preiserhöhungen angekündigt.

Bürgermeister Noé dankt abschließend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Starzacher Kindergärten. Insbesondere mit der Integration der Flüchtlingskinder wurde in der letzten Zeit viel von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlangt. Aus seiner Sicht sei es wichtig, die Flüchtlingskinder schnell in die Einrichtungen zu bringen, damit sie die deutsche Sprache auch zügig lernen können. Nicht zufriedenstellend sei die finanzielle Unterstützung des Landes Baden-Württemberg im Rahmen der Flüchtlingsintegration, in diesem Falle bei der Integration der Flüchtlingskinder.

Daraufhin fasst der Gemeinderat bei **einer Enthaltung** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat nimmt den Kindergartenbericht mit der Bedarfsplanung zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt die Erhöhung der Elternbeiträge in den Starzacher Kindertageseinrichtungen in der vorgelegten Fassung mit Wirkung vom 01.01.2017.
3. Der Gemeinderat stimmt der Änderung der Öffnungszeiten zu und nimmt den Wechsel des Anbieters für die Verpflegung zustimmend zur Kenntnis.

Neuregelung der Umsatzbesteuerung nach § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG)

GAR Wannemacher führt aus, dass nach aktuell gültiger Rechtslage die Gemeinde Starzach als juristische Person des öffentlichen Rechts nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art (BgA) sowie ihrer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe unternehmerisch tätig und damit umsatzsteuerpflichtig ist. Ein BgA liegt dann vor, wenn die Kommunen anstelle von hoheitlichen, nicht steuerpflichtigen Tätigkeiten wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben. Bei Vorliegen einer wirtschaftlichen Tätigkeit ist außerdem die Umsatzgrenze von mindestens 35.000 € jährlich von wesentlicher Bedeutung, um beurteilen zu können, ob ein BgA vorliegt.

Daraus resultiert, dass die Gemeinde Starzach für den im Haushalt geführten Unterabschnitt **Wasserversorgung** und für den im Haushalt geführten Unterabschnitt **Wald**, sowohl Umsatzsteuer an das Finanzamt Tübingen abführen muss, allerdings auch bei entsprechenden Ausgaben Vorsteuer gegenüber dem Finanzamt Tübingen geltend machen kann. Als weiterer BgA ist mit Wirkung ab dem Rechnungsjahr 2014 der in Eigenregie durch die Gemeinde Starzach geführte Verpachtungsbetrieb des **Breitbandnetzes** für die Versorgung der Starzacher Bevölkerung mit schnellem Internet vom Finanzamt anerkannt worden, so dass für die im Rahmen der Verpachtung des Breitbandnetzes an die Firma Inexio anfallenden Einnahmen Umsatzsteuer abgeführt werden muss. Bei der Umsetzung der Investitionsmaßnahme konnte im Gegenzug in erheblichem Maße Vorsteuer beim Finanzamt Tübingen geltend gemacht werden.

Die meisten regelmäßig anfallenden Geschäftsvorgänge der Gemeinde Starzach werden bislang nicht zur Umsatzsteuerpflicht herangezogen, weil sie entweder dem hoheitlichen Betätigungsfeld der Gemeinde Starzach zuzuordnen sind oder reine Vermögensverwaltung darstellen bzw. unter die oben genannte Mindestumsatzgrenze von 35.000 € fallen.

Im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 2015 wurde u.a. ein neuer **§ 2 b UStG eingeführt**. Diese Vorschrift orientiert sich eng an europäischen Vorschriften, namentlich an Artikel 13 der Mehrwertsteuersystemrichtlinie. Dies hat zur Folge, dass eine juristische Person des öffentlichen Rechts zukünftig den Tatbestand der Unternehmereigenschaft erfüllt, sofern sie auf privatrechtlicher Grundlage (auf vertraglicher Basis - abzugrenzen von öffentlich-rechtlich veranlagten Gebühren, Beiträgen und Steuern) tätig ist. In diesen Tätigkeitsbereichen erfolgt eine Gleichstellung mit privaten Wirtschaftsakteuren. Lediglich wenn die Gemeinde rein hoheitliche Tätigkeiten ausübt und eine Nichtbesteuerung dieser Tätigkeiten zu keinen größeren Wettbewerbsverzerrungen führt, sind daraus generierte Umsätze nicht steuerbar. Außerdem unterliegt die interkommunale Zusammenarbeit künftig strengeren Voraussetzungen, um von der Umsatzbesteuerung ausgenommen zu werden.

Die Wirkung des neuen § 2 b UstG tritt **ab dem 01.01.2017** in Kraft. Das bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt der BgA-Begriff nicht mehr entscheidend für die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand ist. Eine Mindestumsatzgrenze in Höhe von 35.000 € wird es bezogen auf die Umsatzsteuerpflicht nicht mehr geben, sodass auch Geschäftsvorgänge mit jährlich geringem Umsatz steuerbar werden können. Außerdem werden Umsätze, welche bisher der reinen Vermögensverwaltung zuzuordnen waren, grundsätzlich steuerbar. Durch § 27 Abs. 22 UstG ergibt sich für juristische Personen des öffentlichen Rechts jedoch die Möglichkeit, **einmalig und einheitlich** für ihren kompletten Tätigkeitsbereich **bis 31.12.2016** (Ausschlussfrist) eine Erklärung gegenüber dem zuständigen Finanzamt abzugeben, dass **bis zum 31.12.2020 zur bestehenden Altregelung optiert werden soll**. Die **Neuregelungen** greifen in diesem Falle dann **erst ab dem 01.01.2021**. Diese Erklärung kann **jährlich vor** dem Beginn des **Jahres 2021** stets für das **Folgejahr widerrufen werden**, so dass die Anwendung der Neuregelungen auch bereits zu einem früheren Zeitpunkt trotz vorhergehender Optierung anwendbar wären. **Spätestens ab dem 01.01.2021 ist von allen juristischen Personen des öffentlichen Rechts die Neuregelung anzuwenden.**

Die Verwaltung schlägt vor, für die Gemeinde Starzach für den Zeitraum ab dem 01.01.2017 die Optionsmöglichkeit zur Anwendung der Altregelung in Anspruch zu nehmen.

Da die Gemeinde Starzach die Verwaltung der Jagdgenossenschaft Starzach übernommen hat und die Jagdgenossenschaft Starzach eine eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts darstellt, müsste für die Jagdgenossenschaft Starzach das Optionsrecht separat ausgeübt werden. Auch hierfür spricht sich die Verwaltung aus.

Der § 2 b UstG enthält einige unbestimmte Rechtsbegriffe, welche vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) noch konkretisiert werden müssen. So kann zum heutigen Tage nicht eindeutig beurteilt werden, wie weit gefasst z.B. das Tatbestandsmerkmal „größere Wettbewerbsverzerrungen“ (§ 2 b Abs. 2 Satz 1 UstG) oder das Tatbestandsmerkmal „gleichartige Tätigkeiten“ (§ 2 b Absatz 2 Nr. 1 UstG) zu verstehen ist. Antworten soll ein Schreiben des BMF geben, welches allerdings erst im Jahr 2017 erwartet wird.

Da eine fundierte Beurteilung der steuerlichen Auswirkungen sowohl durch den Gemeindegtag Baden-Württemberg als auch durch die Städte und Gemeinden selbst aufgrund der fehlenden Konkretisierungen momentan nicht getroffen werden kann, wird das Ziehen der Optionsmöglichkeit als einzige praktikable und sichere Vorgehensweise gesehen. Die Verwaltung hat sich im Vorfeld bereits mit einer auf den öffentlichen Bereich spezialisierten Steuerberatungsgesellschaft zu diesem Thema in Verbindung gesetzt. Da jedoch auch von Seiten des Steuerberaters keine konkreten Aussagen zur weiteren, kurzfristigen Entwicklung dieser Thematik gemacht werden konnte, sieht die Verwaltung momentan davon ab, für viel Geld eine externe Beurteilung einzuholen.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat nimmt die gesetzliche Neuregelung zur Umsatzbesteuerung nach § 2 b UstG für juristische Personen des öffentlichen Rechts zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt folgende Vorgehensweise:
 - 2.1 Beibehaltung der alten Rechtslage gemäß § 2 Abs. 3 UstG bis zum 31.12.2021 für die Gemeinde Starzach unter Weiterführung der Bereiche Wasserversorgung, Wald und Breitbandnetz-Betrieb als Betriebe gewerblicher Art.
 - 2.2 Beibehaltung der alten Rechtslage gemäß § 2 Abs. 3 UstG bis zum 31.12.2021 für die Jagdgenossenschaft Starzach.
 - 2.3 Die Verwaltung wird beauftragt, eine schriftliche Erklärung sowohl für die Gemeinde Starzach als auch für die Jagdgenossenschaft Starzach gegenüber dem Finanzamt Tübingen bis spätestens zum 31.12.2016 abzugeben, dass die Option „weitere Anwendung der alten Rechtslage nach § 2 Abs. 3 UstG“ für beide Körperschaften des öffentlichen Rechts weiterhin ausgeübt wird.

Aufstellung eines Bebauungsplanes „Markstraße“ im Ortsteil Bierlingen

- **Beratung des Planentwurfes samt planungsrechtlicher Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften sowie der Begründung zum Bebauungsplan**
- **Beschluss zur Anhörung der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden und öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes**

GOAR Blank führt aus, dass in der Gemeinderatssitzung vom 27.06.2016 die Verwaltung den bisherigen Verfahrensstand im Zusammenhang mit dem Antrag zur Bebauung eines Grundstücks an der Felldorfer Straße dargelegt hat.

In der Diskussion über die Örtlichen Bauvorschriften ergaben sich einige Änderungswünsche hinsichtlich der Vorgaben bei geneigten Dächern. Deshalb hatte der Gemeinderat die abschließende Entscheidung über den Bebauungsplanentwurf von der Tagesordnung abgesetzt und die Entscheidung vertagt.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich die beabsichtigten Festsetzungen hinsichtlich der geneigten Dächer und der möglichen Aufbauten und Dacheinschnitte abgeändert. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurden im Plan selber Schemaskizzen aufgenommen, in denen die möglichen Dachformen dargestellt sind.

Soweit der Gemeinderat die Festsetzungen sowie auch die Begründung und die planerische Abgrenzung beschließt, kann der Bebauungsplanentwurf öffentlich ausgelegt und auch die Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden zum Entwurf angehört werden.

Wie in der Begründung zum Bebauungsplan festgestellt handelt es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung und damit kann das vereinfachte Verfahren nach § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) angewandt werden.

Daraufhin fasst der Gemeinderat bei **zwei Enthaltungen** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Bebauungsplanentwurf "Marktstraße", den planungsrechtlichen Festsetzungen und Örtlichen Bauvorschriften sowie der Begründung, je Stand 15.11.2016, sowie der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung des Büros HPC vom 16.02.2016 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Durchführung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden durchzuführen.

Grundsatzbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Bühne“ im Ortsteil Bierlingen

- **Feststellung des Bebauungsplanentwurfes**
- **Beschluss zur Durchführung der öffentlichen Auslegung und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange und sonstigen Behörden**

GOAR Blank führt aus, dass in der Gemeinderatssitzung vom 27.06.2016 die Verwaltung den bisherigen Verfahrensstand im Zusammenhang mit dem Antrag zur Bebauung eines Grundstücks an der Felldorfer Straße dargelegt hat.

Der Gemeinderat hat damals nach längerer Diskussion den Beschlussantrag der Verwaltung die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit der Bezeichnung "Bühne" nur für das Grundstück Flst. 3477 (neu) abzulehnen, abgelehnt.

Aufgrund des damals gefassten Beschlusses legt die Verwaltung nunmehr einen Bebauungsplanentwurf mit der Bezeichnung "Bühne" vor. Des Weiteren wurden Entwürfe der Begründung zum Bebauungsplan und zur Begründung des Bebauungsplanverfahrens gefertigt.

Formal ist es notwendig den Aufstellungsbeschluss grundsätzlicher Art noch zu fassen, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung die öffentliche Auslegung des Planentwurfes sowie die Anhörung der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden vorzunehmen.

Der Bebauungsplanentwurf basiert auf der in der Gemeinderatssitzung am 27.06.2016 erarbeiteten Abgrenzung für die Grundstücke Flst. 3441, 3477, 3478 und 3479 (jeweils neue Bezeichnung).

Ursprünglich war angedacht worden die Flst. 3441, 3478 und 3479 als private Grünflächen auszuweisen um zu verhindern, dass durch die Schaffung der Bebauungsmöglichkeit auf Flst. 3477 insbesondere das Flst. 3441 automatisch als Innenbereichsfläche angesehen werden kann.

Aufgrund der nunmehr im Entwurf vorgesehenen Bebauungsmöglichkeiten würde ein Ausbau des vorhandenen landwirtschaftlichen Weges als Zufahrts- und Erschließungsstraße zum jetzigen Zeitpunkt einerseits nicht erforderlich sein und andererseits auch nicht zulässig sein.

Die Verwaltung schlägt vor für die Flst. 3441, 3478 und 3479 Festsetzungen zu treffen. Mit den nun vorgelegten Festsetzungen soll erreicht werden, dass der Einfahrtsbereich von Felldorf kommend in den Ortsteil Bierlingen einerseits städtebaulich gestaltet wird und andererseits der gegenüberliegenden Seite mit den etwas zurückspringenden Gebäuden angepasst wird.

Dies erscheint der Verwaltung auch deshalb möglich, weil durch den bereits beschriebenen nicht vorgesehenen Ausbau des landwirtschaftlichen Begleitweges alle drei Grundstücke direkt von der Felldorfer Straße angefahren werden. Damit kann zu einem späteren Zeitpunkt, sollte auf den anderen Grundstücken gebaut werden, auf die nochmalige Änderung des Bebauungsplanes verzichtet werden.

Im Rahmen der Beratung des Bebauungsplanes "Marktstraße" waren die damaligen Überlegungen hinsichtlich der Dachaufbauten diskutiert und Änderungswünsche vorgetragen worden. Diese Vorschläge und Vorstellungen sind auch in den Entwurf „Bühne“ der Textlichen Festsetzungen und Örtlichen Bauvorschriften eingeflossen.

Die Verwaltung wird im Rahmen der weiteren Verhandlungen mit den Eigentümern des Flst. 3477 auch darauf drängen, dass bereits vor Inkrafttreten des Bebauungsplanes von diesem Grundstück noch mindestens 1,5 m Grundstücksfläche zum landwirtschaftlichen Begleitweg erworben wird, um ggfs. in der Zukunft die Möglichkeit zu haben eine weitere Bebauung in nördlicher Richtung im Rahmen eines Bebauungsplanaufstellungsverfahrens ermöglichen zu können, mit der dann notwendigen Breite einer Erschließungsstraße. Derzeit hat der landwirtschaftliche Begleitweg eine Breite von 5,00 m.

Auch merkt der Vorsitzende an, dass seitens der Verwaltung noch Verhandlungen bezüglich einer Beteiligung an den Bebauungsplankosten geführt werden. Dies mit dem Hinweis, dass eine Kostenübernahmezusage seit Beginn des Verfahrens vorliegt.

Daraufhin fasst der Gemeinderat bei **einer Enthaltung** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplanes "Bühne" an der Felldorfer Straße im Ortsteil Bierlingen, maßgebend ist der Bebauungsplanentwurf des Büros Gauss + Lörcher mit Datum vom 28.11.2016.
2. Der Gemeinderat stimmt den Entwürfen der Textlichen Festsetzungen und Örtlichen Bauvorschriften sowie dem Entwurf der Begründung zum Bebauungsplan „Bühne“, je Stand 28.11.2016 zu.
3. Der Gemeinderat beschließt die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes „Bühne“ sowie die Anhörung der Träger öffentlicher Belange und sonstiger Behörden (Offenlegung).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Änderungen aufgrund der Gemeindeordnung Baden-Württemberg

- **Geschäftsordnung des Gemeinderats der Gemeinde Starzach**
- **Hauptsatzung der Gemeinde Starzach**
- **Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung und Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen**
- **Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit**

Gl Zegowitz führt aus, dass am 17.12.2015 die Änderung der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) erfolgte. Durch das Inkrafttreten der „neuen Gemeindeordnung“ kam es zu verschiedenen Änderungen im Kommunalrecht.

Die Hauptsatzung, die Geschäftsordnung für den Gemeinderat sowie das Redaktionsstatut und die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit müssen nun seitens der Gemeinde Starzach angepasst werden.

Das Gremium verständigt sich darauf, die einzelnen von der Verwaltung überarbeiteten Satzungen schrittweise durchzuarbeiten und einzelne angepasste Punkte bei Bedarf direkt zu diskutieren.

1. Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Frau Gl Zegowitz benennt die seit der Novellierung der Gemeindeordnung neu eingeführte Regelung nach § 19 Abs. 4 GemO bezüglich der Entschädigung von Ehrenamtlichen. Demnach werden Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit erstattet. Näheres muss über die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit geregelt werden. Voraussetzung für eine Erstattung ist, dass ein vereinbartes Vertragsverhältnis mit einem Dienstleistenden besteht. Außerdem betrifft diese Aufwandsentschädigung auch nur Angehörige nach dem Begriff des § 20 Abs. 5 Landesverwaltungsverfahrensgesetz. Bezüglich des Begriffes Betreuungsbedürftigkeit muss es sich um eine regelmäßige Betreuung von Kindern handeln. Als Kinder werden alle unter 14-jährigen behandelt. Der Gemeinderat muss ein Höchstbetrag festlegen, der pro Tag den Ehrenamtlichen als Entschädigung zustehen soll. Die Verwaltung schlägt den maximalen Betrag von 50 € pro Tag als Aufwandsentschädigung vor. Dies wird vom Gemeindegang empfohlen und wird bei anderen Gemeinden bereits so gehandhabt. Auf Verlangen der Verwaltung muss über das Vorliegen der Erstattungsvoraussetzungen ein Nachweis vorgelegt werden.

Ohne weitere Diskussion fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der vorgelegten Fassung zu.

2. Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung und Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen (Redaktionsstatut)

Das Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung räumt den Fraktionen im Gemeinderat das Recht ein, ihre Auffassungen im Amtsblatt der Gemeinde darzulegen (§ 20 Abs. 3 GemO). Nähere Einzelheiten zur Umsetzung dieser Vorschrift sind durch den Gemeinderat im Rahmen von Richtlinien für das Amtsblatt zu regeln (sogenanntes Redaktionsstatut). Das Redaktionsstatut steht jedoch nur Fraktionen zu. Gruppierungen können keine Ansprüche geltend machen.

Neben dem Veröffentlichungsrecht der Fraktionen im Amtsblatt zu Belangen der Gemeinde, wird im Satzungsentwurf die Einführung der Homepage der Gemeinde Starzach als Plattform für öffentliche Bekanntmachungen vorgeschlagen. In § 5 Abs. 5 des vorgelegten Satzungsentwurfes ist eine sogenannte Karenzzeit von 3 Monaten vorgesehen. Dies bedeutet, dass Veröffentlichungen von Fraktionen in der Rubrik „Aus dem Gemeinderat“ in einem Zeitraum von 3 Monaten vor Wahlen ausgeschlossen sind.

GR Dr. Harald Buczilowski stellt hierzu den Antrag, die dreimonatige Karenzzeit lediglich bei Kommunalwahlen, somit bei Kreistags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen festzulegen. Bei allen anderen Wahlen wie beispielsweise Landtags-, Bundestags- und Europawahlen soll eine Karenzzeit von lediglich 2 Monaten gelten. Die entsprechende Regelung in § 5 Abs. 5 sollte dahingehend abgeändert werden.

GR Annerose Hartmann bezieht sich auf § 5 Abs. 2 des Satzungsentwurfes und möchte wissen, ob den Fraktionen das Recht, Beiträge im Amtsblatt der Gemeinde Starzach veröffentlichen zu dürfen, wöchentlich zustehe. Bürgermeister Noé antwortet, dass dies grundsätzlich möglich ist. Man sollte jedoch beachten, dass das Amtsblatt der Gemeinde insgesamt nicht überfrachtet werden sollte.

Daraufhin **beschließt** der Gemeinderat mit **7 Ja-Stimmen** und **5 Gegenstimmen** § 5 Abs. 5 der Satzung über die öffentliche Bekanntmachung und Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen dahingehend abzuändern, dass im Vorfeld von Kommunalwahlen die Karenzzeit für Veröffentlichungen der Fraktionen in der Rubrik „Aus dem Gemeinderat“ 3 Monate betragen soll und für alle andere Wahlen lediglich eine Karenzzeit von 2 Monaten gelten soll.

Des Weiteren **beschließt** der Gemeinderat mit **7 Ja-Stimmen** und **5 Gegenstimmen** den Satzungsentwurf über die Form der öffentlichen Bekanntmachung und Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen in der vorgelegten Fassung, ergänzt um die zusätzlich beschlossenen Punkte.

3. Hauptsatzung

Durch die Novelle der Gemeindeordnung muss auch eine entsprechende Anpassung der Hauptsatzung erfolgen. In diesem Zusammenhang schlägt die Verwaltung auch weitergehende Änderungen der bisherigen Satzung vor. Zu beachten ist, dass eine Änderung der Hauptsatzung mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder des Gemeinderates beschlossen werden muss. Die Verwaltung schlägt vor, den bisher in § 5 vorgesehenen beratenden Ausschuss für Kultur, Schule und Sport abzuschaffen, da aufgrund der Wichtigkeit der Themen aus Sicht der Verwaltung stets im Gemeinderat direkt beraten werden sollte und der Ausschuss in den letzten Jahren auch nie getagt hat. Des Weiteren schlägt die Verwaltung die Erhöhung der Bewirtschaftungsbefugnisse des Bürgermeisters in einzelnen Punkten und die Änderung bei Personalentscheidungen vor.

Nach dem Austausch von Argumenten für und gegen eine Abschaffung **beschließt** der Gemeinderat mit **7 Ja-Stimmen** und **5 Gegenstimmen** den beratenden Ausschuss „Kultur-, Schul- und Sportausschuss“ über die Regelung in § 5 der Hauptsatzung unverändert beizubehalten. Analog zur Beibehaltung des § 5 wird § 10 der Hauptsatzung ebenfalls nicht gestrichen.

GR Michael Rilling spricht die in § 12 Abs. 2 Nr. 2.3 des Satzungsentwurfes vorgeschlagene Änderung hinsichtlich der personalrechtlichen Entscheidungen an. Aus seiner Sicht gehe die Neuregelung, wonach personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Vergütungsgruppen TVÖD EG 1 bis EG 6 bzw. S 1 bis S 6 in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters fallen, zu weit. Er spricht sich dafür aus, die personalrechtlichen Entscheidungen von Beschäftigten der Vergütungsgruppen TVÖD EG 5 und 6 bzw. S 5 und S 6 im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates zu belassen.

Bürgermeister Noé antwortet, dass eine solche Regelung aus seiner Sicht keinen Sinn mache. Die zuletzt stattgefundenen Personaleinstellungsverfahren haben gezeigt, dass die bezüglich der Zuständigkeit des Bürgermeisters sehr eng gefasste Regelung sehr viel Zeit für die am Verfahren Beteiligten in Anspruch nehme und einen erhöhten Koordinierungsaufwand durch die Verwaltung verursacht. Auch binde dies aus seiner Sicht zusätzliche Ressourcen und verursacht zusätzliche Kosten. Er spreche sich deshalb lediglich dafür aus, Leitungsfunktionen und personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten mit Vergütungsgruppen ab TVÖD EG 7 bzw. S 7 in der Zuständigkeit des Gemeinderates zu lassen.

GR Dr. Harald Buczilowski führt aus, dass er mit der vorgelegten Regelung der Verwaltung einverstanden sei, jedoch sollte explizit geregelt werden, dass die Besetzung von Leitungspositionen stets in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates fällt.

GR Gerhard Hochmann spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus. Dass die bisherige Regelung unpraktikabel war, habe sich regelmäßig dadurch gezeigt, dass Eilentscheidungen durch den Bürgermeister getätigt werden mussten bzw. der Gemeinderat per Beschluss die Ermächtigung zur Personalauswahl auf den Bürgermeister übertragen hat.

Daraufhin fasst der Gemeinderat mit **7 Ja-Stimmen** und **5 Gegenstimmen** folgenden **Beschluss**:

Die im Satzungsentwurf zur Hauptsatzung unter § 12 Abs. 2 Nr. 2.3 vorgeschlagene Zuständigkeitsregelung, wonach die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Vergütungsgruppen TVÖD Entgeltgruppe 1 bis 6 bzw. S 1 bis 6 von Angestellten, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in der Ausbildung stehenden Personen in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters der Gemeinde Starzach fällt, soll beibehalten werden. Die Zuständigkeit von Leitungsfunktionen verbleibt beim Gemeinderat.

Zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen zusätzlichen Änderungen, vor allem der Erhöhungen der Budgetzuständigkeiten des Bürgermeisters, erfolgt keine weitere Diskussion.

Daraufhin fasst der Gemeinderat bei **zwei Enthaltungen** folgenden **Beschluss**:

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf der Hauptsatzung in der vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge zu.

4. Geschäftsordnung

Im Austausch mit anderen Verwaltungen hat die Gemeinde Starzach nun auf Basis einer Mustersatzung des Gemeindetags Baden-Württemberg die Geschäftsordnung für den Gemeinderat überarbeitet.

Im Vorfeld zur Gemeinderatssitzung wurden von GR Dr. Harald Buczilowski einige Anregungen zur Änderung von einzelnen Inhalten des Geschäftsordnungsentwurfes an die Verwaltung gerichtet. Diese werden einzeln und nacheinander benannt und zur Diskussion gestellt.

Das Gremium einigt sich im Anschluss darauf, folgende Regelungen in den Satzungsentwurf zu integrieren bzw. herauszunehmen:

- zu § 2 Abs. 1
Eine Fraktion muss nicht aus mindestens 3, sondern aus mindestens 2 Gemeinderäten bestehen.
- § 4 Abs. 4
Dieser Absatz soll gestrichen werden.
- § 13 Abs. 5
Der Bürgermeister kann in dringenden Fällen durch schriftlich (oder elektronisch) auszugebende Nachträge die Tagesordnung erweitern. Hier wird eingefügt, dass dies grundsätzlich bis spätestens einen Tag vor der Sitzung erfolgen kann.
- § 14
Hier soll im Absatz 2 der letzte Satz entfallen. Außerdem soll Absatz 4 komplett gestrichen werden.
- § 17 Abs. 5
Es wird ergänzt, dass nicht nur jeder Fraktion die Gelegenheit zur Sache zu sprechen eingeräumt werden soll, sondern auch denjenigen Gemeinderäten, die keiner Fraktion angehören.
- § 18 As. 2
Nicht nur der Bürgermeister, sondern auch der Gemeinderat soll sachkundige Einwohner und Sachverständige zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten heranziehen dürfen.

- § 20 Abs. 2
Es soll eine Formulierung angefügt werden, wonach die Verwaltung zu prüfen hat, in welcher Weise nach den gesetzlichen Bestimmungen die erforderlichen Mittel aufgebracht werden können.
- § 27 Abs. 2 a
Die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner soll nicht jeden dritten Monat, sondern wie bisher monatlich stattfinden.
- § 34 Abs. 1
Es wird ergänzt, dass Gemeinderäte dann nicht die Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen einsehen dürfen, wenn sie wegen Befangenheit ausgeschlossen waren oder nicht hätten mitwirken dürfen.
- § 34 Abs. 2
Hier wird der Begriff „Bürger“ durch den Begriff „Einwohner“ ersetzt.
- § 35
Ein Absatz h) wird eingefügt, welcher besagt, dass die Einladungen zu den Sitzungen der beschließenden und beratenden Ausschüssen mit der Tagesordnung und den Beratungsunterlagen allen Gemeinderäten unter Wahrung der Frist nach § 12 Abs. 2 Geschäftsordnung zu übersenden sind. Unterlagen für Bauanträge müssen nicht verschickt werden, sondern liegen im Rathaus zur Einsichtnahme aus.

Im Anschluss fasst der Gemeinderat bei **einer Enthaltung** folgenden **Beschluss**:

Der Gemeinderat stimmt dem Entwurf der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Gemeinde Starzach in der vorgelegten Fassung, unter Ergänzung der geschilderten Einigungen zu einzelnen Regelungen, zu.

Abschließend **fasst** der Gemeinderat **einstimmig** folgende Beschlüsse:

1. Die öffentliche Bekanntmachung der vier Satzungen (Hauptsatzung, Geschäftsordnung, Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen und Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen, Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit) soll im amtlichen Mitteilungsblatt der Gemeinde Starzach erfolgen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, das Erforderliche zu veranlassen.

Feststellung der Ausbauplanung der Straße „Wilhelmshöhe“ im Ortsteil Börstingen

Verschiebung der Ausbuchtung für den Begegnungsverkehr auf das Gemeindegrundstück Flst. Nr. 513, Markung Börstingen

GOAR Blank führt aus, dass der Gemeinderat in der öffentlichen Sitzung vom 26.09.2016 die Ausbauplanung für den Bereich „Wilhelmshöhe“ im Ortsteil Börstingen beraten hat. Mehrheitlich wurde damals beschlossen, die innerörtliche Erschließungsstraße "Wilhelmshöhe" im Ortsteil Börstingen mit der Variante B, der mit Datum vom 18.08.2016 vorgelegten Straßenplanung des Ingenieurbüros Gauss + Lörcher aus Rottenburg a.N., umzusetzen. Es soll eine Ausbaubreite von 4,50 m (Variante B) umgesetzt werden.

Am Freitag, den 28. Oktober 2016, fand der im Rahmen der Bürgerbeteiligung zugesagte Begehungstermin mit den Grundstückseigentümern der Wilhelmshöhe statt. Die Straßenplanung wurde hierbei von Herrn Gauss, Ingenieurbüro Gauss + Lörcher und die leitungstechnischen Veränderungen von Herrn Vosseler, Netze BW, vorgestellt.

Vor Ort wurde dann seitens der Eigentümer angeregt, dass die bisher geplante Aufweitung der Straße für den Begegnungsverkehr gegenüberliegend auf der anderen Straßenseite erstellt werden sollte.

Zum einen kann dadurch die Linde erhalten bleiben, zum anderen würde dieser Bereich für den Begegnungsverkehr dann auf einem Grundstück der Gemeinde (Flst. Nr. 513, Markung Börstingen) errichtet werden. Die geplante Änderung müsste formal im Gemeinderat beraten und beschlossen werden, da dieser Plan dann die endgültige Grundlage für den Straßenausbau ist.

Aus Sicht der Gemeindeverwaltung steht dieser Änderung nichts entgegen und wird auch befürwortet. Insbesondere deshalb, weil das Grundstück Flst. Nr. 513 nicht für eine Wohnbebauung vorgesehen ist.

Daraufhin fasst der Gemeinderat bei **zwei Gegenstimmen** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat stellt die Variante B der mit Datum vom 17.11.2016 vorgelegten geänderten Straßenplanung des Büros Gauss + Lörcher Rottenburg mit der Verschiebung der Ausbuchtung für den Begegnungsverkehr auf das Gemeindegrundstück Flst. 513, Markung Börstingen, als Grundlage für den Ausbau und die beitragsrechtliche Grundlage fest. Auf dieser Basis wird die Straße erstmalig endgültig hergestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen über den Betrieb des Starzacher Häckselplatzes

Es ist vorgesehen, dass das Landesabfallgesetz an das am 01.06.2012 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz angepasst wird. Eine wesentliche Änderung gegenüber dem derzeit gültigen Landesabfallgesetz soll darin bestehen, dass die Möglichkeit für die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen entfällt, bestimmte Aufgaben im Rahmen der Abfallentsorgung auf die Gemeinden zu übertragen. Bereits abgeschlossene Vereinbarungen würden allerdings ihre Rechtswirksamkeit behalten.

Bislang bestehen im Landkreis Tübingen mündliche Vereinbarungen zwischen dem Landkreis und den landkreisangehörigen Städten und Gemeinden hinsichtlich der Aufgabenübertragung für das Einsammeln, die Verwertung und den Betrieb der Häckselplätze. Um diese getroffenen Vereinbarungen auch in Zukunft rechtssicher weiterführen zu können, wird aus diesem Grunde angestrebt, die mündlichen Vereinbarungen nun im Rahmen von schriftlichen Vereinbarungen festzuhalten.

Die Verwaltung befürwortet, das seit Jahren zusammen mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen praktizierte Handeln schriftlich zu fixieren. Das bewährte Konzept der Grüngutverwertung sollte langfristig weiterhin Bestand haben.

Eine Voraussetzung für den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen ist, dass eine gültige Satzung gemäß § 10 Landesabfallgesetz für den Häckselplatz der Gemeinde Starzach vorliegt. Bisher wurde eine solche Satzung noch nicht verfasst. Die Verwaltung befürwortet zum einen die Beschlussfassung der Satzung über die Benutzung des Häckselplatzes der Gemeinde Starzach, als auch den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Starzach und dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat beschließt die Satzung über die Benutzung des Häckselplatzes der Gemeinde Starzach in der vorliegenden Fassung.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Tübingen für den Weiterbetrieb des Starzacher Häckselplatzes in der bisherigen Art und Weise abzuschließen.

Bekanntgaben

Altpapiersammlungen

Bürgermeister Noé spricht die geplante Einführung der blauen Tonne zur Sammlung von Altpapier durch den Landkreis Tübingen an. Es hat eine weitere Besprechung zwischen kreisangehörigen Vereinsvertretern und Herrn Landrat Joachim Walter im Landratsamt Tübingen zu diesem Thema stattgefunden. Da viele Vereine im Landkreis Tübingen Altpapiersammlungen durchführen, wurde diesbezüglich eine Kompromisslösung gefunden, die sowohl vom Landkreis Tübingen, als auch von den Vereinsvertretern akzeptiert wurde.

Bankettfräsarbeiten

Der Vorsitzende führt aus, dass ein anonymes Schreiben bei der Gemeindeverwaltung eingegangen ist. Darin werden die im Herbst diesen Jahres durchgeführten Bankettfräsarbeiten an zwei Feldwegen auf Markung Starzach (Verlängerung Neuhauser Straße in Richtung Gut Neuhaus auf Markung Bierlingen und im Bereich des Bolzplatzes auf Markung Börstingen) angesprochen. Die Arbeiten wurden vom anonymen Verfasser des Schreibers gelobt. Außerdem wurde angeregt, diese Arbeiten auch auf anderen Feldwegen der Gemeinde Starzach fortzuführen.

Verunreinigung durch Hunde

Der Vorsitzende spricht mehrere aufgetretene Verunreinigungen durch Hunde im Bereich des Betonspurwegs am Bächhauser Weiher im Teilort Wachendorf an. Anwohner haben sich beschwert, dass des Öfteren Hunde an ihren Grundstücksgrenzen gekämmt werden und die Hundehaare dann auf ihrem Grundstück landen. Er werde einen entsprechenden Hinweis im Mitteilungsblatt der Gemeinde schalten, um die betreffenden Hundehalter auf ihr Fehlverhalten hinzuweisen.

Dienstaufsichtsbeschwerde

Hinsichtlich der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen seine Person gibt Bürgermeister Noé bekannt, dass aktuell noch kein neuer Sachstand von Seiten der Kommunalaufsicht der Gemeindeverwaltung mitgeteilt wurde.

Volkstrauertag

Der Vorsitzende dankt seinen Verhinderungsstellvertretern, Herrn Vela und Frhr. von Ow-Wachendorf, für deren Einsatz am Volkstrauertag in den verschiedenen Ortsteilen. Er selbst merke, dass die Resonanz von Seiten der Einwohnerinnen und Einwohner stetig sinkt. Er strebe in Zukunft ein rollierendes System an, wonach jedes Jahr in einem anderen Ortsteil am Volkstrauertag die Gedenkfeier abgehalten werden soll.

GR Burkhard von Ow-Wachendorf spricht die Mitgestaltung des Volkstrauertages im Teilort Wachendorf durch den Kirchenchor und den Musikverein an. Dies sei eine wichtige Veranstaltung, weshalb er dafür plädiere, auch in Zukunft den Volkstrauertag in allen Ortsteilen abzuhalten.

Bürgermeister Noé antwortet, dass die Resonanz je Ortsteil sehr unterschiedlich sei. Im Teilort Wachendorf funktioniere es sehr gut. Er könne sich vorstellen, die bisherige Handhabe auch im nächsten Jahr noch einmal zu praktizieren um zu sehen, ob die Resonanz größer werde.

Sammlung Kriegsgräberfürsorge

Bürgermeister Noé gibt zur Kenntnis, dass er bezüglich der Sammlung für die Kriegsgräberfürsorge von einer Vereinsvertreterin angesprochen worden sei. Sie habe sich gegen eine künftige Sammlung durch Vereine ausgesprochen. Dies sei keine Vereinsaufgabe und könne von den Vereinen in Zukunft nicht mehr vollzogen werden. Diese Haltung teile er nicht. Die Sammlung für die Kriegsgräberfürsorge sei eine gesellschaftspolitische Aufgabe, deren Übernahme durch die Vereine durchaus sinnvoll sei. Vereine erhalten im Bedarfsfall Zuschüsse über den WLSB und werden von der Gemeinde Starzach regelmäßig unterstützt, weshalb die Vereine im Rahmen der Kriegsgräberfürsorge im Gegenzug ihre Bereitschaft signalisieren sollten. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Vereinen sollte aus einem „Geben und Nehmen“ bestehen.

Straßenbelagsprogramm des Kreistages für die Jahre 2017 bis 2022

Der Vorsitzende informiert, dass im Rahmen des erstellten Straßenbelagsprogrammes des Kreistages die Kreisstraße K 6942 vom Teilort Wachendorf in Richtung Haigerloch-Trillfingen im Jahr 2017 saniert werden soll. Die Ortsdurchfahrt Bierlingen (Kreisstraße K 6941) soll im Jahr 2022 saniert werden. Hinsichtlich der Sanierung der Ortsdurchfahrt Wachendorf, bei welcher es sich um eine Landstraße handelt, kann kein Sanierungszeitpunkt festgehalten werden. Das Land Baden-Württemberg ist derzeit nach eigener Aussage dabei, die einzelnen zu sanierenden Straßen zu erfassen.

Anfragen der Gemeinderäte

Verschwiegenheitspflicht Gemeinderäte

GR Monika Obstfelder äußert ihr Ärgernis in Sachen Vorgehensweise gegenüber Frau GR Annerose Hartmann bezüglich des Vorwurfes der Verschwiegenheitspflichtsverletzung. Ein Umgang unter den Gremiumsmitgliedern in diesem Stil sei nicht hinnehmbar.